



REPUBLIK ÖSTERREICH
DATENSCHUTZKOMMISSION

GZ 054.469/3-DSK/86

Entwurf eines Abgabenänderungs-
gesetzes 1986;

Stellungnahme der Datenschutzkommission

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0 22 2) 66 15/0

Sachbearbeiter

Dr. SINGER/Dr. THIENEL

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 1370-900

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

An das
Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1010 Wien

57-GE/986

02. SEP. 1986

3. Sep. 1986 *Brudenberger*

Dr. Wapplerbauer

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme der
Datenschutzkommission zu dem im Betreff bezeichneten Gesetzesentwurf
übermittelt.

Beilage

21. August 1986

Für die Datenschutzkommission
Der stellvertretende Vorsitzende:
Senatspräsident des OGH Dr. STIX

Für die Richtigkeit
der Anfertigung:

Seiler



REPUBLIK ÖSTERREICH
DATENSCHUTZKOMMISSION

GZ 054.469/3-DSK/86

Entwurf eines Abgabenänderungs-
gesetzes 1986;

Stellungnahme der Datenschutzkommission

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0 22 2) 66 15/0

Sachbearbeiter

Dr. SINGER/Dr. THIENEL

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 1370-900

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

An das
Bundesministerium für Finanzen

Postfach 2
1015 Wien

Die Datenschutzkommission hat zu dem mit do. GZ. 06 0102/6-IV/6/86 vom 22.7.1986 übermittelten Entwurf eines Abgabenänderungsgesetzes 1986 in Ausübung ihres Begutachtungsrechtes gemäß § 36 Abs. 2 Datenschutzgesetz, BGBl.Nr. 565/1978, in ihrer Sitzung vom folgende

S t e l l u n g n a h m e

beschlossen:

Zu Abschnitt I Artikel I Z. 24 (§ 72 Abs. 3 Einkommensteuergesetz 1972):

Problematisch bei der geplanten Neufassung dieser Bestimmung ist, daß die zu übermittelnden/zu ermittelnden Datenarten nicht im Gesetz präzisiert sind. Zwar wird hinsichtlich des Begriffes "Lohnzettel" auf § 84 Einkommensteuergesetz verwiesen - jedoch sagt auch diese Bestimmung nichts Konkretes über den notwendigen Inhalt eines Lohnzettels aus, vielmehr wird auf "amtliche Vordrucke" verwiesen.

Da die gegenständliche Bestimmung offensichtlich ua. eine ausdrückliche gesetzliche Übermittlungsverpflichtung der Arbeitgeber im Sinne der §§ 7 Abs. 1 Z. 1 und 18 Abs 2 Datenschutzgesetz sowie Ermittlungsermächtigung für Finanzämter im Sinne des § 6 Datenschutzgesetz bilden soll, ist die fehlende gesetzliche Determinierung der Datenarten aus datenschutzrechtlicher Sicht zu beanstanden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden in einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

21. August 1986

Für die Datenschutzkommission
Der stellvertretende Vorsitzende:
Senatspräsident des OGH Dr. STIX

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Schlerer